

PERSPEKTIVE SCHWEIZ – Im Oktober sollen möglichst viele wirtschaftsfreundliche Vertreterinnen und Vertreter ins eidgenössische Parlament gewählt werden. Dies das Ziel der Kampagne «Perspektive Schweiz» der grossen Wirtschaftsverbände. Der sgv legt mit seinem KMU-Rating vor und zeigt, wer in der laufenden Legislatur wie KMU-freundlich abgestimmt hat.

Die Wirtschaft muss Flagge zeigen



Diskutierten mit Markus Somm (3. v.l.) über KMU-freundliche Lösungen in der Politik, (v.l.): NR Matthias Jauslin, NR Bruno Walliser, SR Erich Ettlin, NR Benjamin Giezendanner und NR Philipp Matthias Bregy.

Bild: Iris Andermatt

«Einige wenige Sitzverschiebungen reichen, damit die Schweiz wieder ein bürgerlicheres Parlament erhält», sagte sgv-Direktor **Hans-Ulrich Bigler** anlässlich der Winterkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbands in Klosters. Dieses Ziel – die Stärkung der bürgerlichen Kräfte – soll durch die neue Kooperation der Wirtschaftsdachverbände sgv, Arbeitgeberverband, economiesuisse und Bauernverband unter dem Namen «Perspektive Schweiz» erreicht werden (vgl. auch Interview, Seite 2). «Es geht darum, der Linken den Begriff der Nachhaltigkeit nicht allein zu überlassen, ja ihn quasi

zurückzuerobern.» Denn er umfasse nicht bloss Ökologie, sondern – gleichberechtigt – auch Ökonomie und Gesellschaftspolitik. Die Kampagne «Perspektive Schweiz» soll rund um die Begriffe nachhaltig, innovativ, wettbewerbsfähig und lebenswert entwickelt werden. Und sie soll aufzeigen, wie eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft gefördert werden kann, in welcher durch unternehmerische Leistung und Eigenverantwortung eine hohe Lebensqualität, sichere Arbeitsplätze, stabile Sozialwerke und eine gesunde Umwelt gesichert werden können.

Die im Januar offiziell gestartete Kampagne soll in einer Vertiefungsphase mit konkreten Botschaften unterlegt werden, bevor eine Motivations- und eine Mobilisierungsphase schliesslich zur Wahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten für die eidgenössischen Räte führen soll.

Gemeinsamer Effort nötig

Dasselbe Ziel – ein wirtschaftsfreundlicheres, bürgerlicheres Parlament – soll auch mittels eines KMU-Ratings erreicht werden, das vom sgv nun bereits zum vierten Mal durchgeführt wurde (vgl. Seite 3).

Wer hat in der laufenden Legislatur im Bundeshaus wie KMU-freundlich abgestimmt? Erneut belegen Vertreterinnen und Vertreter von FDP und SVP die Spitzenplätze. Das vordere Mittelfeld wird geschlossen von der «Mitte» besetzt. SP und Grüne sind weit abgeschlagen.

Dabei zeigt sich, dass insbesondere im Ständerat die KMU-Freundlichkeit beachtlich ist. Unter den ersten 15 Mitgliedern der Kleinen Kammer sind je sieben FDP- und SVP-Mitglieder, ein Parteiloser und ein Mitglied von «Die Mitte». Im Nationalrat finden sich unter den 50 Mitgliedern, die in den vorderen Rängen gelistet sind, 41 SVP- und neun FDP-Mitglieder.

«ZIEL VON «PERSPEKTIVE SCHWEIZ» IST EIN WIRTSCHAFTSFREUNDLICHERES, BÜRGERLICHERES PARLAMENT.»

«Kantonale Gewerbeverbände und Branchenverbände können diese Resultate als Richtschnur dafür nutzen, wen sie im Herbst unterstützen wollen und wen weniger», sagte Bigler. «Wichtig ist, dass hier von allen Beteiligten in den Kantonen ein gemeinsamer Effort geleistet wird, um das gemeinsame Ziel – ein bürgerlicheres Parlament – auch tatsächlich zu erreichen.»

Was hilft wirklich?

Die Nationalräte **Philipp Matthias Bregy** (Fraktionschef Mitte/VS), **Benjamin Giezendanner** (SVP/AG), **Matthias Jauslin** (FDP/AG) und **Bruno**

Walliser (SVP/ZH) sowie der Obwaldner Ständerat **Erich Ettlin** (Mitte) diskutierten in der Folge, wie die Politik KMU-freundliche Lösungen ermöglichen kann.

Die Schweizer Politik befinde sich in einem Zwiespalt zwischen Sicherheit und Bürokratie, meinte Bregy. Eine verbesserte Fehlerkultur könne hier helfen. Und: «KMU müssen Flagge zeigen», gerade auch in der Politik.

Giezendanner plädierte dafür, zuerst gute Lösungen zu finden und sich erst danach Gedanken über deren «Verkauf» an die Stimmberechtigten zu machen. Tendenziell werde zu oft Politik zugunsten der Grossfirmen und zu wenig für die KMU gemacht.

Jauslin kritisierte, dass Verordnungen immer öfter nicht den Willen des Gesetzgebers, sondern jenen der Verwaltung wiedergäben. Wichtig sei darum das präzise Zurückspiegeln seitens der Berufsverbände; nur so könnten Verbesserungen zugunsten der KMU erreicht werden.

Walliser forderte den «Mut zur Lücke» und rasche, unbürokratische Lösungen, die sich nicht an einzelnen möglichen Risiken, sondern an den Chancen für die grosse Mehrheit orientierten.

Ettlin schliesslich bezweifelte, dass die Einigkeit im bürgerlichen Lager alleine zu Erfolgen an der Urne führen können. Es brauche Lösungen, die vor dem Volk Bestand hätten. Und nicht zuletzt sei es nicht am Parlament, sondern an der Exekutive, die Verwaltung stärker zu führen und so missratene Ausführungen parlamentarischer Arbeit zu verhindern. *En*

www.perspektiveschweiz.ch

STAATSSTELLEN – Klaus W. Wellershoff machte in Klosters einen konjunkturellen Ausblick. Im Anschluss diskutierten Verbandsvertreter über aktuelle Herausforderungen. Dabei wurde klar: Das Wachstum bei den Staatsstellen ist ein enormes Problem.

«Da kann einem die Galle hochkommen»

«Wir befinden uns derzeit in einer sehr seltenen Situation», erklärte Ökonom **Klaus W. Wellershoff**. Diese zeichne sich dadurch aus, dass die Inflationsraten über den Zinsen lägen. Der ehemalige Chefökonom der UBS warf unter dem Titel «Angst vor Rezession?» in Klosters einen konjunkturellen Ausblick auf das noch junge Jahr.

Der selbstständige Unternehmer kam zum Schluss, dass «wir vor einer globalen Rezession stehen» und sich die Inflationsraten auf erhöhtem Niveau zu verstetigen drohen. Weiter gab er die Prognose ab, dass der langfristige Zinszyklus gedreht hat und damit Anlagepreise bestenfalls langsam steigen, schlimmstenfalls aber weiter sinken werden. Und schliesslich: «Der Franken droht sich deutlich aufzuwerten.»

60 000 neue Staatsstellen

Interessant – und erschreckend – war eine Folie, auf welcher der Ökonom das Beschäftigungswachstum in der Schweiz seit dem vierten Quartal 2019 zeigte. Im Staat und Sozialwesen sind seither rund 60 000 (!) Stellen (Vollzeitäquivalente) geschaffen worden. Damit ist dieser

Bereich absoluter Spitzenreiter. «Da kann einem die Galle hochkommen», meinte Wellershoff. Zum Vergleich: Im Bausektor wurden in derselben Zeit gut 10 000 Stellen geschaffen. Wie problematisch diese Entwicklung ist, zeigte auch die darauffolgende, interessante Diskussion, in der Branchenvertreter aufzeigten, wie ihre Verbände die anstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen meistern wollen.

«Das muss aufhören!»

Matthias Baumberger, der Direktor des Verbands der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie VSLF, sagte: «Die Industrie und das Gewerbe haben keine Chance mehr, mit den Anstellungsbedingungen bei den Bundesstellen zu konkurrieren. Das muss aufhören!» Ausserdem dürfe das Umweltthema nicht Links-Grün überlassen werden.

Für **Peter Bruggmann**, Präsident ASMAS Verband Sportfachhandel Schweiz, ist in diesem Zusammenhang klar, dass die Berufslehre und deren Möglichkeiten stärker in den Fokus gerückt werden müssen. «Ansonsten haben wir in zehn Jahren zehn arbeitslose Akademiker, die auf einen einzigen Handwerker warten.»

Gian-Luca Lardi, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, erklärte, dass die Verwaltung heute ein Bremser sei. «Dabei sollte sie das Leben der Menschen vereinfachen.» Das liege an einer mangelnden Fehlerkultur. Die Politik erwarte eine fehlerfreie Verwaltung. Das wiederum ziehe mehr Kontrolleure nach sich.

Silvio Ponti, der Präsident von KUNSTSTOFF.swiss, plädierte für den Abbau von Regulierungen. Ihm bereitete vor allem die Energie-Situation Sorgen. «Tiefe Energiekosten waren immer ein Standortvorteil der Schweiz. Diesen müssen wir wieder zurückgewinnen.»

Anschliessend gab es ein Streitgespräch zum Thema «Sinn und Unsinn von Verbandsarbeit». Die Klängen kreuzten sgv-Präsident und Unternehmer **Fabio Regazzi** und Unternehmer **Seby Elsener**, Inhaber und Geschäftsführer der gleichnamigen Schreinerei im zugerischen Finstersee.

Elsener sagte, dass der sgv eine Grundsatzdebatte über Sinn und Zweck des Verbands führen müsse. Auf mehrmaliges Nachhaken von Regazzi und Moderator **Markus Somm**, Verleger und Chefredaktor



Peter Bruggmann, Silvio Ponti, Moderator Markus Somm, Gian-Luca Lardi und Matthias Baumberger (v.l.).

Bild: Iris Andermatt

des Nebenspalters, was genau die konkreten Probleme seien, wurde Elsener jedoch nicht viel konkreter.

Für Regazzi ist klar, dass der sgv gut unterwegs ist. So habe die Mitgliederzahl gesteigert werden können. Dass der Verband Einfluss hat, zeigt auch das Beispiel der Regulierungskostenbremse, wo nach langem Kampf eine Vorlage auf dem Tisch liegt. Der Präsident erwähnte

ausserdem die Kampagne «Perspektive Schweiz», in der sich die vier Dachverbände der Wirtschaft und Landwirtschaft mit Blick auf die nationalen Wahlen im Herbst zusammengeschlossen haben. Diese hat zum Ziel, dass bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst wirtschaftsfreundlich gesinnte Kandidatinnen und Kandidaten ins Parlament gewählt werden. *hug*